

(Beginn: 10.04 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

(Unruhe – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Es hat offenbar keiner Lust anzufangen! Die haben sich so viel zu erzählen!)

– Es herrscht noch rheinische Fröhlichkeit. Eigentlich wollte ich mit der Arbeit beginnen. Aber das ist im Rheinland offensichtlich schwierig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich zu der Tagung der Landschaftsversammlung willkommen.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Erste stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung, Frau Marlene Lubek, und den Kämmerer, Herrn Dr. Hans-Ulrich Predeick.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Dieter Hornung †

Meine Damen und Herren, ich muss Sie leider bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich habe die traurige Verpflichtung Ihnen mitzuteilen, dass Herr Dieter Hornung, Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland, im Alter von nur 57 Jahren drei Tage nach der letzten Tagung der Landschaftsversammlung, auf der er sich noch zu Wort gemeldet hatte – Sie werden sich erinnern –, am 18.12.2006 verstorben ist.

Kollege Hornung war nur kurze Zeit Mitglied und ist völlig überraschend von uns gegangen. Er hat mit seiner Wortmeldung sicherlich sein Engagement für die Landschaftsversammlung deutlich machen wollen. Es war ihm jedoch nicht vergönnt, dies längere Zeit tun zu können.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Ordnungsgemäße Einberufung

Zu dieser 10. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 29.12.2006 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 1 vom 9. Januar 2007 öffentlich bekanntgemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Ich darf Ihr Einverständnis unterstellen, dass wir wegen der besonderen Tagesordnung heute auf Beisitzer verzichten können; denn das wäre eine reine Formalie.

(Zuruf von Brausch, SPD)

– Will jemand nicht darauf verzichten?

(Heiterkeit)

Anerkennung der Tagesordnung

ist der Punkt 1.

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden Tagesordnung einverstanden? – Ich sehe keine Wortmeldungen; dann ist sie so akzeptiert.

TOP 2 ist die

Verpflichtung neuer Mitglieder

Meine Damen und Herren, für das verstorbene Mitglied Herr Dieter Hornung ist Herr Alfons Ackermann, CDU, als Nachfolger nachgerückt.

Für das ausgeschiedene Mitglied Herr Konrad Frielingsdorf, CDU, ist Herr Michael Stefer, CDU natürlich, als Nachfolger nachgerückt.

Für das ausgeschiedene Mitglied Frau Barbara Heimes, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist Herr Ste-

phan Emmler, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, als Nachfolger nachgerückt.

Ich darf Herrn Ackermann, Herrn Stefer und Herrn Emmler bitten, sich zu erheben und sich der Versammlung zu zeigen.

(Die Angesprochenen erheben sich –
Boss, CDU: Persönliche Vorstellung hier!)

Meine Herren, ich verpflichte Sie hiermit auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und wünsche und hoffe – ich bin in der Hinsicht zuversichtlich – auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

TOP 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

– Antrag Nr. 12/157 der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN –

– Antrag Nr. 12/159 der CDU-Fraktion –

Hierzu liegen Ihnen die Anträge Nr. 12/157 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Antrag Nr. 12/159 der CDU-Fraktion vor.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer den beiden Anträgen seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig so beschlossen**.

TOP 4

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen

– Vorlage Nr. 12/2016 –

ist aufgerufen. Dazu gebe ich Herrn Voigtsberger das Wort.

(Die führenden Mitglieder der Verwaltung nehmen zu dem Vortrag auf der vorderen Stuhleihe Platz – Boss, CDU, auf den vor ihm sitzenden Dr. Wilhelm anspielend: Dr. Wilhelm weiß, wo er sich wohlfühlen kann!)

Erster Landesrat und Kämmerer Voigtsberger: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Liebe Gäste! Ich trage jetzt ohne Brille vor. Ich erlebe das Phänomen der altersbedingten Weitsichtigkeit. Das ist ja ein Vorteil. Deswegen ändert sich das immer. Aber es ist ja sehr positiv zu sehen.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung legt Ihnen heute den Haushalt für das Jahr 2007 vor, den

- Sie nach der Beratung als Satzung zu erlassen haben.
- Sie setzen das Investitionsprogramm fest, und
- Sie bestimmen die Landschaftsumlage.
- Sie nehmen die Jahresrechnung ab, und
- Sie beschließen die Entlastung des Landesdirektors.

(Dr. Rolle, SPD: Das sind wir alles Schuld!)

Jetzt werden Sie fragen: Was hat er denn nun? Das wissen wir ja alles. – Das ist richtig. Nur: Das ist kommunale Selbstverwaltung.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich sehr beklagenswert, dass diese vom Grundgesetz gewährleistete kommunale Selbstverwaltung durch die Verengung des kommunalen Finanzrahmens, die rechtlichen Vorgaben der EU, des Bundes und der Länder zunehmend begrenzt wird. Gleichwohl bleiben Handlungsmöglichkeiten.

Es ist richtig, dass Bundes- und Landesgesetze vorgeben, welche Aufgaben wir zu erfüllen haben. Aber die Art und Weise der Aufgabenerfüllung bleibt den Kommunen weitgehend selbst überlassen. Hier liegt die Stärke der kommunalen Selbstverwaltung. Hierdurch wird bürgerschaftliches Engagement und Kreativität freigesetzt – bei den Kommunen genauso wie natürlich auch beim Landschaftsverband Rheinland.

Die kommunalen Strukturen können Aufgaben effektiver und effizienter erfüllen, als es staatliche Strukturen je könnten.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sieht dies auch so. Deswegen möchte sie staatliche Aufgaben kommunalisieren. Womit sich die Landesregierung nur schwer tut, ist, die Landschaftsverbände vorbehaltlos als Teil dieser kommunalen Strukturen zu sehen.

Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung wird in diesem Haushalt wieder einmal deutlich. Und jeder, der es sehen will, kann es sehen; außer man verfährt nach dem Motto – und ich kenne auch jemanden, der diese Maxime hat –: „Meine Meinung liegt fest. Bitte verwirren Sie mich nicht mit neuen Tatsachen.“

Meine Damen und Herren, die Krise der öffentlichen Haushalte hat dazu geführt, dass sich die Städte und Gemeinden seit Anfang der 90er-Jahre auf einem strengen Konsolidierungskurs befinden. Im Jahr 2004 lagen ihre Gesamtausgaben unter dem Niveau des Jahres 1993. Ursachen für die Finanzmisere sind wegbrechende Einnahmen, steigende Ausgaben bei den Sozialtransfers und Finanzierungslasten für alte Defizite.

Aus den anhaltenden Zuwächsen bei der Gewerbesteuer dürfen heute jedoch keine falschen Schlüsse gezogen werden! Die finanziellen Probleme in den Haushalten der Kommunen sind nach wie vor unverkennbar dramatisch, und damit sind die Landschaftsverbände als Teil der kommunalen Familie unmittelbar betroffen.

Die Defizite der öffentlichen Haushalte sind nach Jahren wieder unter die Drei-Prozent-Grenze des Maastricht-Kriteriums gefallen, und wir jubeln alle zusammen. Nur, meine Damen und Herren, wir haben Hochkonjunktur!

Wie sieht es aus, wenn dieser Konjunkturzyklus wieder zu Ende ist? Das heißt, wir müssen konsolidieren! Und wir können eigentlich nur jetzt konsolidieren. Wann denn sonst?

(Zustimmung und allgemeiner Beifall)

Die hohen Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte aus den Vorjahren bei nahezu allen NRW-Kommunen und auch der Stand der Kassenkredite sind wesentliche Indikatoren, die weiterhin belegen, dass trotz der positiven Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen die Haushalts- und Finanzsituation der Gemeinden weiterhin stark angespannt ist.

Wegen dieser aufgebauten Lasten der Vergangenheit bestehen deshalb noch hohe Konsolidierungsanforderungen für unsere Mitgliedskörperschaften, genauso für den Landschaftsverband Rheinland.

Meine Damen und Herren, Stetigkeit und Nachhaltigkeit ziehen sich wie ein roter Faden durch unseren Haushalt. Der LVR soll seine Aufgaben – vor allem im Bereich der Hilfen für behinderte Menschen – stetig erfüllen. Nur: Unsere Finanzen, unsere Einnahmen, sind so unstetig wie nur etwas. Wenn es den Kommunen gut geht, das heißt hohe Gewerbesteuereinnahmen ins Haus stehen, spült es auch uns Geld in die Kasse. Wir können den Umlagesatz senken. Damit verbleibt noch mehr Geld bei den Kommunen.

Wenn bei den Kommunen die Einnahmen einbrechen, bekommen auch wir weniger Geld, und wir müssen den Umlagesatz erhöhen und den schon gebeutelten Kommunen weiteres Geld abnehmen – mit dem entsprechenden politischen Erdbeben, das damit natürlich immer verbunden ist.

Wir versuchen, durch das Konzept der nachhaltigen Haushaltswirtschaft diesem Effekt zu begegnen. Das bedeutet,

- dass wir bessere Steuerungsinstrumente, wie sie uns das Neue Kommunale Finanzmanagement – NKF – und unser Controlling anbieten, einsetzen und
- vorhandene Überschüsse sowohl zur Umlagesatzsenkung als auch zur Entschuldung nutzen.

Dieses Schaubild und diesen Dreiklang, denke ich, kennen Sie schon. Das ist immer noch unser Ansatz, nach dem wir unsere Haushaltswirtschaft beim Landschaftsverband organisieren.

Denn eines ist klar: Schließlich dient jede außerordentliche Schuldentilgung der längerfristigen Entlastung unserer Städte und Kreise, sodass ich auch heute bei Ihnen darum werben möchte, dieser Schuldentilgung zuzustimmen.

Wir dürfen unsere Probleme nicht auf Kosten künftiger Generationen lösen; denn – wir glauben es ja manchmal nicht – auch nach uns wollen Menschen im Rheinland leben und Politik gestalten und nicht nur von uns aufgetürmte Schulden abtragen.

(Allgemeine lebhaftige Zustimmung)

Meine Damen und Herren, der Eckpunktebeschluss zum Haushalt 2006, den Sie gemeinsam, soviel ich weiß, hier einstimmig beschlossen haben, hat den Weg der Stetigkeit und der Generationengerechtigkeit bereits gewiesen; ich meine, erfolgreich gewiesen. Und die Verwaltung schlägt Ihnen vor, diesen Weg weiter zu gehen.

Das war mein Einstieg in die allgemeine finanzpolitische Lage. Sie haben sich wahrscheinlich schon gefragt: Wann kommt er denn eigentlich zum Haushalt? – Aber ich denke, es ist sehr wichtig, das im Vorspann zu erwähnen.

Bevor ich nun zu den konkreten Eckdaten unseres Haushaltsentwurfes 2007 zu sprechen komme, muss ich Ihnen – wie im letzten Jahr – einige Ausführungen zum NKF machen; denn die komplette NKF-Einführung wirkt sich gravierend auf den Haushaltsentwurf 2007 aus.

Ich möchte Ihnen zunächst noch einmal in Erinnerung rufen, dass der Gesetzgeber die Möglichkeit einer schrittweisen Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen über mehrere Jahre hinweg eröffnet hat. Der LVR hat von dieser Möglichkeit der pilotweisen Umstellung Gebrauch gemacht und das NKF in drei Wellen umgesetzt.

Bis spätestens zum 01.01.2009, das wissen Sie, haben alle Gemeinden und Gemeindeverbände das NKF einzuführen.

Zum 01.01.2007, also praktisch schon zwei Jahre vor dieser Deadline, ist das NKF beim LVR flächendeckend eingeführt worden. Dem LVR ist damit ein wichtiger und bedeutsamer Schritt in das „doppische Zeitalter“ gelungen. Es gibt für den Haushalt 2007 keinen kamerale Haushaltsplan mehr, sondern – wir hatten ja im letzten Haushaltsjahr mehr oder weniger beide Fassungen auf dem Tisch – nur noch einen „doppischen“ Haushaltsplan. Dieser wird sich in 11 Produktbereiche mit insgesamt 55 Produktgruppen gliedern.

Damit bilden Teilergebnispläne einschließlich der Produktdarstellungen – 130 Produkte sind es – mit Zielen, Leistungsmengen und Kennzahlen sowie Teilfinanzplänen die alleinige haushaltsrechtliche Beratungsgrundlage.

Damit Sie einen Vergleich haben, welchen Stand der LVR in der NKF-Welt in NRW erreicht hat, nur folgender Hinweis. Es gab vor kurzem eine Analyse von zwanzig bereits umgestellten Kommunen. Das waren vor allem NKF-Musterkommunen. Von diesen zwanzig haben 15 Kommunen in ihrem Haushalt Zieldefinitionen vorgenommen und lediglich sechs Kommunen Kennzahlen in den Haushaltsplänen verankert.

Nach § 12 der Gemeindehaushaltsverordnung ist die Bildung von Zielen und Kennzahlen als Grundlage der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushaltes als Sollvorschrift verankert. Juristen wissen es wahrscheinlich besser als ich: „Soll“ heißt „muss, wenn kann“.

Meine Damen und Herren, wir können und wir haben!

(Heiterkeit)

Wir haben alle Produkte mit Zielen und Kennzahlen hinterlegt. Die Verwaltung möchte Ihnen eine Wirkungsbeurteilung nach dem Ressourcenverbrauchsprinzip ermöglichen. Damit können Sie Qualität und Quantität der Leistungen festlegen und bekommen Auskunft über den erforderlichen Ressourceneinsatz.

Damit diese neue Qualität der Wirkungsorientierung auch im Haushaltsvollzug zum Tragen kommt, arbeiten wir zurzeit mit Hochdruck an einem kompakten, unterjährigen und kennzahlenorientierten Berichtswesen, damit eine effektive Steuerung durch die Politik möglich wird.

Zum Stichtag 01.01.2007 müssen wir die Eröffnungsbilanz des Landschaftsverbandes Rheinland aufstellen. Die Aufstellung erfolgt durch den Kämmerer. Der Entwurf der Eröffnungsbilanz wird durch den Landesdirektor bestätigt und der Landschaftsversammlung zugeleitet: Danach erfolgen Prüfung und Feststellung, und zwar bis Dezember 2007. Sie können das hier an dem Schaubild nachvollziehen.

Der erste vollständige kaufmännische Jahresabschluss wird zum Bilanzstichtag 31.12.2007 zu erstellen sein. Also: Auch wenn jetzt NKF eingeführt ist, wird uns allein die Eröffnungsbilanz noch eine ganze Zeit beschäftigen – uns, aber auch Rechnungsprüfungsamt, Rechnungsprüfungsausschuss und weitere Gremien.

In einem weiteren Schritt hat der LVR schließlich seinen Jahresabschluss und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren, den so genannten Gesamtabschluss. Die Aufstellung des ersten Gesamtabschlusses muss bis spätestens zum Stichtag 31.12.2010 erfolgen.

Wir haben also noch etwas Zeit. Aber dies alles stimmig zu machen und anzupassen, wird uns noch sehr, sehr stark beschäftigen.

Während im bisherigen kamerale Haushalt Ausgaben und Einnahmen einander gegenübergestellt wurden, werden im NKF die aus dem kaufmännischen Rechnungswesen bekannten Wertgrößen Aufwand und Ertrag betrachtet. Diese Größen orientieren sich nicht am Zahlungsfluss, sondern vielmehr am Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen – sprich: Aufwand – bzw. dem Ressourcenaufkommen – sprich: Ertrag.

Diese Veränderung des Rechnungsstiles hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf den Haushaltsplanentwurf 2007. So wurden Beträge für Abschreibungen, die wir bisher nicht hatten, des Anlagevermögens erfasst und diese Beträge als Aufwendungen im Ergebnisplan veranschlagt. Das sind etwa 17 Millionen Euro.

Darüber hinaus müssen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Wertberichtigungen bei den Finanzanlagen im Falle dauerhafter Wertminderungen vorgenommen und bei zweifelhaften Forderungen gegebenenfalls Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen durchgeführt werden: Aufwandsvolumen im Entwurf von insgesamt 32 Millionen Euro für Wertkorrekturen beim Sondervermögen und bei Forderungen.

Im NKF müssen aufwandswirksam Pensionsrückstellungen und noch weitere Rückstellungen im Personalbereich, zum Beispiel für die Beihilfe oder für Altersteilzeit, gebildet werden. Die zukünftigen Zuführungen zu diesen Rückstellungen werden als Aufwand im Ergebnisplan und in der Ergebnisrechnung erfasst und belasten natürlich damit das Jahresergebnis. Im Haushaltsplan-Entwurf 2007 ist das mit insgesamt ca. zwei Millionen Euro veranschlagt.

Jetzt kommt ein sehr wichtiges Thema, das uns sicherlich noch sehr intensiv beschäftigen wird; denn auf der anderen Seite beeinflusst die Schuldentilgung von rund 37 Millionen Euro – das ist unsere Regelschuldentilgung – durch die Rückzahlung als Ausgabe das kamerale Ergebnis. Das heißt, im kamerale Haushalt waren diese 37 Millionen Euro umlagerelevant.

Im NKF stellt die Tilgung aufgenommener Darlehen zwar eine Auszahlung, aber keinen Aufwand dar, da es sich bei diesem Geschäftsvorfall um eine Aktiv-/Passivminderung in der Bilanz handelt, die ergebnisneutral ist und somit die Ergebnisrechnung nicht tangiert. Mit anderen Worten: Bei einer reinen Tilgung von Darlehensverbindlichkeiten entsteht kein Aufwand. Lediglich die Zinszahlungen stellen einen Ressourcenverbrauch in der Ergebnisplanung dar.

Das wäre alles kein Problem, wenn nicht nach § 22 der Landschaftsverbandsordnung die Umlage exakt nur die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag sein darf. Und Tilgung ist kein Aufwand!

Im kamerale Haushalt war die Tilgung Aufwand bzw. umlagerelevant; den Begriff „Aufwand“ gab es ja nicht.

Als neuer Aufwand dazugekommen ist im NKF-Haushalt die Abschreibung für die Abnutzung von Vermögensgegenständen. Das macht bei uns für den Haushalt 2007 17 Millionen Euro aus.

Sie sehen schon: Auf der einen Seite fallen 37 Millionen Euro heraus und sind kein Aufwand mehr; 17 Millionen Euro kommen neu herein. Dadurch entsteht eine Lücke.

Wir geraten somit in eine Liquiditätslücke. Damit können wir die laufende Tilgung nicht mehr darstellen, und von einer Sondertilgung brauchen wir gar nicht mehr zu reden.

Meine Damen und Herren, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft muss die Liquidität zum Beispiel zur Finanzierung der Tilgungsleistung gesichert sein. Das steht wiederum in der Gemeindeordnung in § 75.

Wir sind also jetzt im Gespräch mit dem Innenministerium; denn eine Lösung muss gefunden werden. Es gibt sicherlich verschiedene Lösungen. Aber egal, welche wir wählen: Sie muss vom Innenminister als unserer Aufsichtsbehörde

akzeptiert werden. Wir müssen das relativ schnell machen; denn natürlich sind unsere Mitgliedskörperschaften nach der Vorstellung unseres Haushaltes am 05.12. sensibilisiert und aufgeregt.

Es sind inzwischen viele Briefe an den Landesdirektor und an mich gegangen, in denen es heißt: Das ist doch alles sehr schwierig; das können wir nicht alles mitmachen.

Aber wir brauchen eine Lösung. Man muss sagen: Die Kreise befinden sich eigentlich in einer ähnlichen Situation. Sie liegen vielleicht ein, zwei Jahre zurück. Aber auch sie müssten schnell nachschauen, wie es eigentlich bei ihnen aussieht; denn überall dort, wo kein sehr hohes Anlagevermögen vorhanden ist und es dadurch wenige Abschreibungen gibt, kann sich überall diese Situation ergeben.

Merkwürdigerweise wird in der Literatur genau das umgekehrte Problem diskutiert, dass also längst für bestimmte Vermögen die Tilgungen erledigt sind, aber immer noch Abschreibungen laufen, weil die Tilgung auf dreißig Jahre und die Abschreibungen auf fünfzig Jahre angesetzt sind. Es wurde gesagt, es könnten doch jetzt wahnsinnige Liquiditäten vor allem den Kreisen zufließen; das kann doch so nicht sein. – Darüber gibt es ellenlange Abhandlungen.

Nur: Der umgekehrte Fall, dass die Tilgung höher als die Abschreibung sein könnte, ist nirgendwo richtig behandelt und hat beim Innenministerium Erstaunen ausgelöst, dass es solch einen Sachverhalt überhaupt geben kann.

Das ist also ein spannendes Thema und fordert uns richtig heraus. Wir werden wahrscheinlich federführend Lösungen für andere erarbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, zur Ausgangslage unseres Haushaltes möchte ich einige Fakten voranstellen. Damals – 2005 – war trotz gestiegener Ausgaben und Aufwendungen im Sozialbereich der Umlagesatz nicht verändert worden.

In 2006 haben wir den Umlagesatz um 0,2 Prozentpunkte auf 17,1 Prozent angehoben. Sprich: Das waren 22 Millionen Euro. Und wir haben 2006 70 Millionen Euro kreditierte Landesmittel zurückgezahlt.

Ich möchte nicht verhehlen, dass uns hierbei die positive Steuerentwicklung geholfen hat. Allerdings haben wir die kreditierten Mittel damals nicht verbraucht, und durch die Haushaltssperre 2005 konnte die Senkung für 2006 erwirtschaftet werden.

Die endgültigen Zahlen zum Rechnungsabschluss 2006 müssen wir formalrechtlich bis zum 31.03. dieses Jahres präsentieren. Zum jetzigen Stand kann ich bereits sagen, dass wir das Rechnungsergebnis des Jahres 2006 mit der Überlegung gestalten wollen, einen sauberen Übergang zum kompletten NKF-Haushalt 2007 zu schaffen.

Wie das zahlenmäßig genau aussieht, kann ich Ihnen heute noch nicht genau sagen. Wir arbeiten noch daran. Ich bitte um Verständnis, dass wir das nicht genau auf den Punkt bringen können.

Sie wissen alle, dass wir die Möglichkeiten, die wir bisher im Haushalt 2006 hatten, schon zu einer Tilgung genutzt haben. Sollte sich ein weiterer Überschuss ergeben, könnten wir diesen wegen NKF nicht verstärkend zum Haushaltsausgleich 2007 einsetzen. Das ist eine Besonderheit des NKF-Haushaltes. Im kameralen Haushalt ging das. Er erhöht jedoch unsere liquiden Mittel in der Eröffnungsbilanz. Das ist natürlich ein Wert.

Jetzt zu den Eckdaten des Haushaltsplanes 2007. Ich hatte Ihnen schon gesagt, der Landschaftsverband Rheinland befindet sich weiterhin in der Konsolidierungsphase. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die stattgefundenen Prüfungen der Gemeindeprüfungsanstalt im Jahre 2004/2005 und die hierauf basierenden halbjährlichen Haushaltsstrukturgespräche mit dem Innenministerium hinweisen. Wir berichten darüber ja regelmäßig in den Gremien, vor allem im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Der begonnene Weg der Haushaltskonsolidierung muss zwingend weiter verfolgt werden, um

erstens eine stärkere Belastung der Mitgliedskörperschaften zu vermeiden bzw. den Umlagesatz weiter senken zu können;

zweitens eine moderate Entschuldung vornehmen zu können, die den Haushalt des LVR längerfristig und strukturell ver-

bessert, was wiederum den Mitglieds-körperschaften zugute kommen wird.

Diese beiden Elemente bestimmen den Haushaltsplan und den Haushaltsentwurf für 2007.

Wie bereits in den beiden vergangenen Jahren möchte ich Ihnen die wichtigsten Eckdaten zum Haushaltsentwurf 2007 anhand von einigen Schaubildern präsentieren, die sich natürlich nach den neuen Begrifflichkeiten des NKF richten. Sie bekommen wieder eine kleine Broschüre mit „Zahlen und Fakten“. Darin sind alle Folien enthalten. Insoweit ist das nachlesbar.

Steigen wir ein! Auf diesem Schaubild Nr. 4 sehen Sie die Erträge des Gesamtergebnisplans 2007. Die größten Blöcke sind bei den Erträgen die allgemeinen Deckungsmittel. Das sind natürlich die Landschaftsumlage und die Schlüsselzuweisungen. Hier ergeben sich auch gegenüber dem Vorjahr die größten Veränderungen.

Bei Beibehaltung eines Umlagesatzes von 17,1 Prozent ergäben sich gegenüber dem Jahr 2006 Mehrerträge für den LVR in Höhe von insgesamt 222 Millionen Euro; davon Landschaftsumlage rund 201 Millionen Euro und Schlüsselzuweisungen von rund 21 Millionen Euro.

Hinsichtlich der Ertragsseite muss allerdings bei den Deckungsmitteln Folgendes berücksichtigt werden. Im Haushalt 2006 ist eine Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 90 Millionen Euro erfolgt. Damit sind damals der Haushaltsausgleich 2006 und die Senkung der Umlage um 0,2 Prozent ermöglicht worden. Erinnern Sie sich an die Kreditierung und an die Haushaltssperre! Das waren am Ende diese 90 Millionen Euro.

Es handelte sich hierbei um einen „Einmaleffekt“, der 2007 bei den allgemeinen Deckungsmitteln nicht mehr zur Verfügung steht und deshalb das Haushaltsjahr 2007 entsprechend vorbelastet. Berücksichtigt man diesen Tatbestand, so stünden bei der Beibehaltung eines Umlagesatzes von 17,1 Prozent im Vergleich gegenüber 2006 für das Jahr 2007 – saldiert – nur noch 132 Millionen Euro an Mehrerträgen zur Verfügung. Man merkt, dass sich das sehr schnell bewegt.

Das Schaubild Nr. 4 berücksichtigt hier mit der Summe 1,87 Milliarden Euro bei der Landschaftsumlage bereits den gesenkten Umlage-

satz von 16,7 Prozent, den wir als Vorschlag im Plan vorgesehen haben.

Im Schaubild Nr. 5 sehen Sie die Entwicklung der Allgemeinen Finanzaufweisungen, der Schlüsselzuweisungen, einschließlich der Bedarfszuweisungen. Gegenüber dem Vorjahr sehen Sie hier eine Steigerung in 2007, weil wir wegen der günstigeren Steuerentwicklung rund 21 Millionen Euro mehr an Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten.

Mit Bedarfszuweisungen sind hier zusätzlich die GFG-Mittel für die Landschaftliche Kulturpflege gemeint, die wir für das Jahr 2007 in einer Höhe von 3,1 Mio. € veranschlagen.

Im Schaubild Nr. 6 sehen Sie die Aufwendungen des Ergebnisplans 2007 nach Produktbereichen. Das sind wieder die 2,6 Milliarden Euro, aufgeteilt auf die elf Produktbereiche, die namentlich gesetzlich vorgeschrieben sind.

Bereits in diesem Schaubild können Sie an dem grünen „Kuchen“ für den Produktbereich Soziales sehr deutlich erkennen, wie bedeutend dieser Produktbereich in unserem gesamten Ergebnisplan ist. Deshalb werden wir uns natürlich mit diesem Teil – ähnlich wie wir das im Vorjahr gemacht haben – intensiver beschäftigen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Das ist der grüne Kuchen! Das ist unser
Kuchen!)

Lassen Sie sich nicht durch die Nummerierung, die Sie hier sehen – eins, drei, vier, fünf, sechs – und bei der plötzlich unten fünfzehn auftaucht – Wirtschaft und Tourismus –, irritieren. Wir sind natürlich nicht in den Tourismus eingestiegen. Aber dieser Bereich ist gesetzlich vorgegeben, und er ist als fünfzehn dekliniert. Das heißt, man kann die Zahlen nicht beliebig verändern. Insoweit wird das gewöhnungsbedürftig sein. Aber ich denke, wir werden das gemeinsam schaffen.

Mit dem Schaubild Nr. 7 kommen wir zu dem Produktbereich soziale Leistungen im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen. Dieses Schaubild ist wichtig und sehr imponierend. An ihm sieht man, dass der Anteil von 89 Prozent letztendlich für den gesamten Bereich sozialer Leistungen steht. Hierzu gehören auch Schulträgeraufgaben, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Gesundheitsdienste und Altenhilfe. Das alles zu-

sammen macht die 89 Prozent aus. Der Resthaushalt beträgt gerade noch elf Prozent.

Im Schaubild Nr. 8 sehen Sie die Leistungen für Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Das ist die so genannte Produktgruppe 17 im Produktbereich Soziales.

Hier sind der größte Bereich die Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die ein Volumen von 1,67 Milliarden Euro ausmachen. Sie erkennen wieder, wie lastig eigentlich unser Haushalt ist und an welchen Stellen man auf Bewegungen achten muss; denn sie schlagen sofort auf den gesamten Haushalt durch. Man kann in den übrigen Bereichen machen, was man will; wenn an den Bereichen sich Entwicklungen abzeichnen, ist man denen weitgehend ausgeliefert. Deswegen haben wir uns dazu schon Gedanken gemacht. Dazu werde ich gleich kommen.

Im Schaubild Nr. 9 möchte ich deshalb auf einige Produkte bei den Leistungen für Menschen mit Behinderungen näher eingehen. Wir haben einmal das Produkt 17.04. Das sind die Leistungen zur Beschäftigung, also Werkstatt für behinderte Menschen, die wir im Haushaltsentwurf 2007 mit einer Summe von 378 Millionen Euro veranschlagt haben.

Ich werde noch einmal darauf zurückkommen, weil sich in diesem Bereich sehr viel Dynamik abzeichnet.

In 2007 haben wir hier eine Fallzahlsteigerung von fünf Prozent. Das sind 1.266 zusätzliche Leistungsberechtigte. Im Vorjahr war die Fallzahlsteigerung vier Prozent. Das heißt, trotz sinkender durchschnittlicher Sozialhilfeaufwendungen – jetzt 112,00 Euro pro Fall – ergibt sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr ein Aufwandsanstieg von rund 14,8 Millionen Euro.

Das Produkt 17.08 – Stationäres Wohnen – ist der größte Ausgabeposten im Produktbereich Soziales. Hier haben wir durch den Abschluss der Rahmenzielvereinbarung und andere begleitende Maßnahmen die Weichen zum Abbau von stationären Plätzen zugunsten Ambulanter Hilfen unter dem Stichwort „Ambulant Betreutes Wohnen“ gestellt.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole, was ich eben schon sagte: Wie soll der Haushalt des

Landschaftsverbandes dauerhaft stabilisiert werden, wenn die Kosten der Eingliederungshilfe und speziell im Bereich des Stationären Wohnens davonlaufen und diese Dynamik haben?

Also sind wir unter Führung des Landesdirektors, der Fachdezernentin und des Kämmerers im Team mit verteilten Rollen, aber mit dem Ziel, einen Paradigmenwechsel bei allen Beteiligten zu erreichen, nämlich ambulant vor stationär, diesen Bereich systematisch angegangen. Dahinter stehen natürlich die kompetenten Teams in unseren Fachbereichen. Ich muss sagen, diese Diskussionen und Gespräche machten regelrecht Freude – und sie waren erfolgreich.

Wenn Sie mir versprechen, dass Sie es jedem sagen, verrate ich Ihnen ein Geheimnis –

(Heiterkeit)

unsere Kolleginnen und Kollegen aus Westfalen-Lippe sind darin einbezogen; denn gemeinsam haben wir diese Gespräche geführt –: Die Gespräche mit den Spitzen der Wohlfahrtsverbände waren sehr erfolgreich, und die Zahlen zeigen es bereits.

Bis Ende 2007 soll die Zahl der stationären Leistungsempfänger um rund 400 Fälle reduziert werden. Das bedeutet, dass wir für das Jahr 2007 eine Fallzahlsenkung um 1,79 Prozent veranschlagt haben. Im Jahr 2006 hatten wir noch eine Fallzahlsteigerung von 1,3 Prozent angenommen.

Meine Damen und Herren, jetzt denken Sie: Das hört sich ja nicht dramatisch an. Nach Jahrzehnten ständigen Anstieges der Unterbringung im Stationären Wohnen – Sie haben vielleicht alle die Schaubilder noch vor Augen –, das nach den Prognosen in den nächsten Jahren die kommunalen Haushalte in den Kollaps getrieben hätte, konnte die Entwicklung gestoppt und umgedreht werden.

(Allgemeiner Beifall)

Und, meine Damen und Herren, schauen Sie sich das an: Ganz Deutschland staunt über Nordrhein-Westfalen und über diese Entwicklung. Letztes Jahr hatte ich sie Ihnen auch schon gezeigt. Damals hatten wir noch diesen Wert. Jetzt sind wir bei dieser Zahl angekommen. Sie

können nach meinen Ausführungen jetzt schon abschätzen, wie das weitergehen wird.

Diese Folie muss man regelrecht genießen; denn sie macht deutlich, dass der Einsatz an dieser Stelle sich gelohnt hat und dass wir mit allen Beteiligten – es ist niemandem etwas übergestülpt worden – wirklich diesen Paradigmenwechsel erreicht haben.

Wir erleben es immer wieder, wenn wir bei Tagungen Kolleginnen und Kollegen der höheren Kommunalverbände aus anderen Bereichen Deutschlands treffen – zum Beispiel in Bayern –, dass sie fragen: Wie macht ihr das? Wir sind immer noch bei Steigerungen von fünf bis sechs Prozent. Wie kommt ihr auf 1,3?

Wenn wir denen sagen, wir gehen jetzt sogar noch weiter nach unten, sind sie völlig hin und weg. Das hat natürlich etwas damit zu tun, dass wir als Landschaftsverbände dafür zuständig sind. Ich denke, wir haben das Thema richtig angepackt.

Meine Damen und Herren, wegen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements mussten wir in diesem Produkt Stationäres Wohnen – und das kommt noch dazu – auch Aufwendungen in einer Höhe von 20 Millionen Euro für die Abschreibung auf Forderungen gegenüber den Mitgliedskörperschaften berücksichtigen.

Die Landschaftsversammlung hatte Anfang 2005 beschlossen, dass für den Übergang von der Kameralistik zum NKF die Monatsläufe November und Dezember 2004 der so genannten monatlichen Pflegekostenabrechnung in Höhe von etwa 207 Millionen Euro als Rückstellungen in die Passivseite der Vermögens- und Schuldenübersicht, die wir damals nur hatten – wir hatten ja noch keine Eröffnungsbilanz –, aufgenommen werden; denn letztendlich ist das schon einmal bezahlt worden. Es ist nur ein Jahr später finanziert worden. Wir müssen das jetzt nach der periodengemäßen Aufstellung des NKF wieder in die richtige Jahressystematik holen. Das heißt, das ist über diesen Weg NKF-technisch erfolgt.

Zur Gegenfinanzierung hat die Landschaftsversammlung anerkannt, dass auf der Aktivseite der Vermögens- und Schuldenübersicht die Position „Forderung gegen die Mitgliedskörperschaften“ in gleicher Höhe gebildet wird; denn diese Leistung ist einmal schon an die Mitgliedskörper-

schaften gegangen. Sie wurde nur anders verrechnet.

Die umlagewirksame Auflösung sollte aber über einen umlageverträglichen langfristigen Zeitraum bis zur Höhe der geleisteten Auszahlungen erfolgen. In einem ersten Schritt musste demzufolge der LVR hier in diesem Produkt einen Aufwand in Höhe von 20 Millionen Euro veranschlagen. Aber haben Sie bitte im Hinterkopf: Es geht letztendlich um 207 Millionen Euro.

Schließlich möchte ich noch in diesem Schaubild Nr. 9 auf das Ambulant Betreute Wohnen eingehen. Dafür haben wir einen Aufwand von 101 Millionen Euro veranschlagt. Das ist dieser Bereich eines Teils des Haushaltes, der natürlich wächst. Das ist gewollt. Trotz alledem wird er in diesem Jahr von der Veranschlagung sogar noch etwas abnehmen; denn in diesem Jahr haben wir – saldiert – eine Ansatzsenkung gegenüber dem Vorjahr, weil wir die Fachleistungsstunden in 2007 auf vier Stunden – im Vorjahr waren es 4,5 Stunden – gesenkt haben und weil im Vorjahr eine mögliche Verpflichtung zur Zahlung von Mehrwertsteuer in dieser Produktgruppe angesetzt war.

Mittlerweile steht aber fest, dass diese Leistungen nicht steuerpflichtig sind – übrigens hat sich die Steuerabteilung unseres Hauses federführend mit allen zusammen einen enormen Ruf erarbeitet; denn die Finanzbehörden konnten überzeugt werden, dass diese Leistungen nicht mehrwertsteuerpflichtig sind; das nur zum Hintergrund –, sodass für 2007 die Zahlung von Mehrwertsteuer nicht mehr berücksichtigt werden musste.

Ansatz erhöhend wirkt sich beim Betreuten Wohnen aber natürlich aus, dass wir – wie im Vorjahr – 1.500 neue Fälle angenommen haben. Wir wollen ja diesen Bereich ausbauen und Stationäres Wohnen senken.

Bei dem Produktbereich Soziales möchte ich als Zusammenfassung erwähnen, dass im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 eine Verschlechterung – saldiert – in Höhe von 60,9 Millionen Euro eingetreten ist. Hierbei ist bei den Erträgen eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr von rund 12,3 Millionen Euro festzustellen. Das resultiert aus rückläufigen Wohngeldeinnahmen im Vergleich zu 2006, wo wir besonders hohe Wohngeldeinnahmen als Einmaleffekt hatten.

Dieser Ertragsausfall wird nur dadurch etwas kompensiert, dass wir vom Land eine um etwa 4,8 Millionen Euro höhere Zuweisung der Investitionspauschale für die Eingliederungshilfe erhalten haben.

Soweit meine Ausführungen zu dem Bereich Soziales.

Als nächsten Punkt möchte ich die Personalkosten ansprechen. Sie sehen in dem Schaubild Nr. 11 die Personalaufwendungen des LVR einschließlich RVK/RZVK, aber ohne Eigenbetriebe.

Die starke Senkung von 2000 auf 2001 – das kennen Sie – ist durch die Ausgliederung des Straßenbaus zum Land zum 01.01.2001 zu erklären.

Aus dem Schaubild ist auch zu erkennen, dass der LVR in diesem Bereich eine gelungene Haushaltsbewirtschaftung vornimmt, die auch in 2007 fortgesetzt wird. Über dem leichten Knick im Schaubild nach 2007 müsste die gestrichelte Linie eigentlich durchgezogen laufen; aber das ist die Ausgliederung der Jugendheime zum 01.01.2007. Ohne diese Änderung wäre das Niveau 2007 in etwa gleich wie im Vorjahr.

Die Personalkosten sind, wie Sie wissen, gedeckelt – das war ja der Eckpunkte-Beschluss aus dem letzten Jahr – auf das Niveau des Jahres 2005, gemindert um gesetzlich festgeschriebene Tatbestände wie die Senkung der Weihnachtswahlzuschüsse für Beamte und Beschäftigte und die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge, die ebenfalls eingeflossen sind.

Das Personalkostenbudget 2007 kann gegenüber diesem bereinigten Budgetdeckel ohne Zuführungen zu Rückstellungen um 1,4 Millionen Euro auf 194,5 Millionen Euro gesenkt werden. Das heißt, wir können sogar eine leichte Senkung gegenüber dem Budget des letzten Jahres – es sind zwar nur 1,4 Millionen Euro – von prozentual immerhin 0,73 Prozent verzeichnen.

In den vereinbarten Budgets sind alle Mittel für personelle und strukturelle Veränderungen wie das Leistungsentgelt für Beschäftigte allerdings bereits enthalten. Das käme also nicht dazu.

Neben den Personalkostenbudgets wurden in den Haushaltsgesprächen erstmalig mit allen Dezernaten verbindliche Zielvereinbarungen über

Budgets und Leistungskennzahlen auf Produktenebene abgeschlossen. Damit entsteht ein hohes Maß an Eigenverantwortung der Fachbereiche, ein konsequentes Controlling sowie eine absolute Transparenz hinsichtlich der Erfüllung dieser Haushaltsziele. Sie sollen den nachhaltigen Erfolg sichern.

Meine Damen und Herren, der LVR muss in den nächsten Jahren notwendige Instandhaltungs- und Brandschutzmaßnahmen in den rheinischen Kliniken und eigenen Dienststellen durchführen. Bei der Haushaltsplanung ist hierbei jede Maßnahme in der Weise aufgeteilt worden, ob konsumtive oder investive Auswirkungen vorliegen – mit der Folge, dass die konsumtiven Auswirkungen umlagewirksam und die investiven unserem Vermögen zugeschlagen werden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind hier im Jahre 2007 zusätzliche Belastungen in Höhe von sieben Millionen Euro eingetreten.

Viele Bereiche, meine Damen und Herren, stehen beim Landschaftsverband Rheinland unter Einspargesichtspunkten auf dem Prüfstand. Eine möchte ich besonders hervorheben.

So wurde auf der Basis einer Potenzialanalyse der gesamte Einkauf bzw. die Beschaffung des LVR untersucht. Ein international aufgestelltes Beratungsunternehmen kam dabei zu dem Ergebnis, dass bei etwa 133 Millionen Euro Beschaffungsvolumen sieben Prozent Einsparungen möglich sind. Dies soll durch die Festlegung von Standards, mehr Rahmen- und Jahresverträge, aber auch durch Anhebung der Grenzen für freihändige Vergaben und durch eine qualifiziertere Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Verhandlungen erreicht werden.

Nach einer europaweiten Ausschreibung hat die Firma Kerkhoff-Consulting den Auftrag erhalten, diese Potenzialanalyse gemeinsam mit der Verwaltung – also mit uns; sie zieht sich nicht zurück und sagt, das ist das Ergebnis, sondern sie erarbeitet es mit uns gemeinsam – in allen Einrichtungen umzusetzen. Das heißt, es muss ein Wissenstransfer erfolgen. Mit unserem Personal wird diese Umsetzung erfolgen.

Das Projekt ist bereits angelaufen. Wir können in anderthalb, zwei Jahren Ergebnisse erwarten. Klar ist natürlich, dass diese Erfolge unser Haushaltsbudget nachhaltig entlasten werden.

Zum Stiftungsengagement des Landschaftsverbandes. Sie wissen, dass der Landschaftsverband Rheinland sich in den letzten Jahren verstärkt in Stiftungen – aktuell sind es 27 – engagiert. Die Engagements dienen maßgeblich der Förderung des rheinischen Kulturguts. Voraussetzung für eine Beteiligung ist allerdings die Verknüpfung des Gegenstandes mit dem kulturpolitischen Auftrag des LVR, der sich in einer abgestimmten fachlichen Konzeption für den zu fördernden Zweck dokumentiert.

Zielsetzung ist es, zusammen mit privatem Kapital eine Basis dafür zu schaffen, kulturelle Aufgaben und Einrichtungen aus der Abhängigkeit öffentlicher Zuschüsse zu begeben und gesicherte finanzielle Fundamente aufzubauen. Das sind der Sinn und das Ziel. Dass das Probleme bereiten wird, wissen wir; aber damit sind wir gefordert.

Weiterhin können die Vorteile einer flexibleren Organisationsform einer Stiftung zur Erfüllung des kulturellen Auftrags beitragen.

Das Stiftungsengagement des LVR erfolgt streng nach der Maßgabe der Gemeindeordnung und wird in jedem Einzelfall sehr eng mit der zuständigen Stiftungs- und Kommunalaufsicht abgestimmt. Für uns ist das das Innenministerium. Insofern sind immer die Rahmenbedingungen mit dem Innenministerium abzuklären.

Zur Wahrung seiner Interessen sowie zur Minimierung der finanziellen Risiken im Rahmen der eingegangenen Stiftungsengagements hat der LVR ein Stiftungscontrolling eingerichtet, mit dem negative Entwicklungen in einzelnen Stiftungen frühzeitig erkannt und Maßnahmen zur Gegensteuerung angeboten werden können.

Die aktive Einflussnahme ist regelmäßig abhängig davon, welche Einwirkungsrechte dem LVR eingeräumt werden. Der LVR lässt sich allerdings als Stifter oder auch als Zustifter regelmäßig Beteiligungsrechte entsprechend seines „finanziellen Gewichts“ in den Stiftungsgremien einräumen.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung und der finanzwirtschaftlichen Optimierung der Regionalen Kulturförderung beabsichtigt der Landschaftsverband Rheinland, die Netzwerkbildung und damit die Nachhaltigkeit seines kulturpolitischen Engagements weiter auszubauen. Hierbei

kommt es vor allem darauf an, mit den beschränkten finanziellen Mitteln intelligente, wirtschaftliche und partnerschaftliche Lösungen mit den Mitgliedskommunen zu vereinbaren.

Auf so einer Basis lässt sich unser reichhaltiges rheinisches Kulturerbe entwickeln und fördern.

(Beifall bei der FDP)

– Ja, das ist durchaus einen Applaus wert.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN und FDP)

Sie haben zwar an dem Kuchen gesehen, Kultur ist nicht der große Abschnitt, aber, wie ich denke, ein durchaus wichtiger.

Ich komme zur Umlagegestaltung 2007. Meine Damen und Herren, der Gesamtergebnisplan 2007 umfasst Erträge in Höhe von 2,64 Milliarden Euro und Aufwendungen in Höhe von rund 2,60 Milliarden Euro.

Es wird also planerisch ein Überschuss von rund 36,6 Millionen Euro ausgewiesen, da nur so die gewünschte bzw. verlangte Entschuldung im Jahre 2007 im Rahmen der NKF-Systematik erreicht werden kann. Ich hatte schon einiges dazu gesagt.

Der Hebesatz zur Landschaftsumlage soll für das Haushaltsjahr 2007 von 17,1 Prozent um 0,4 Prozentpunkte auf 16,7 Prozent gesenkt werden, obwohl in der Finanzplanung 2005 bis 2009 – das wissen Sie – noch von einer Beibehaltung der Umlage von 17,1 Prozent für das Jahr 2007 ausgegangen wurde.

Bei der Gestaltung dieses Umlagesatzes ist zu berücksichtigen, dass 0,1 Prozentpunkte Umlage einem Wert von 11,2 Millionen Euro entsprechen. Das bedeutet bei 0,4 Prozentpunkten entsprechend 44,8 Millionen Euro.

Und nun zu diesem wichtigen Thema der Entschuldung. Meine Damen und Herren, der LVR hatte zum Ende des Haushaltsjahres 2005 einen Schuldenstand von 711 Millionen Euro. Dieser Schuldenstand – lieber Uli, es tut mir Leid, das sagen zu müssen, aber es ist so – ist etwa doppelt so hoch wie eurer. Das muss anerkannt werden.

(Zuruf von Brausch, SPD, sowie Zuruf von der CDU: Wir sind natürlich auch etwas größer!)

– Wir sind natürlich auch größer.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat bei ihrer Prüfung 2004/2005 besonders auf diesen hohen Schuldenstand hingewiesen – mit der Prämisse, eine Rückführung der Verschuldung als nachhaltigen Faktor der Haushaltskonsolidierung dringend vorzunehmen.

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hält die Verringerung der Verschuldung bei beiden Landschaftsverbänden – auch bei den Westfalen ist sie noch zu hoch; ihr seid zwar relativ in einer besseren Position, aber sie ist immer noch zu hoch; wenigstens sagt das der Innenminister –

(Kämmerer Dr. Hans-Ulrich Predeick:
Warum bin ich eigentlich aus Essen gekommen?)

für einen nachhaltigen Faktor, der angepackt werden muss, um die Haushalte zu konsolidieren.

(Zuruf von der SPD: So wie beim Straßenbau, nicht wahr!)

Ich denke, es ist klar: Er sieht darin natürlich eine dauerhafte Belastung für die Zukunft und damit auch eine dauerhafte Belastung für die Erledigung der Aufgaben der Landschaftsverbände. Deswegen möchte ich hier auf diesen Erlass hinweisen – er ist Ihnen, glaube ich, auch zugegangen – und daraus zitieren. Dort steht wörtlich:

Weitere außerordentliche Schuldentilgungen zur Reduzierung Ihrer Verbindlichkeiten – wie von Ihnen in den nächsten Jahren vorgesehen – müssen folgen. Ich bin überzeugt davon, dass dabei ein Volumen von insgesamt 100 Millionen Euro im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung möglich ist.

Der LVR hat nun in 2006 zur Prolongation anstehende Darlehen am 20.11. abgelöst, sodass zurzeit von einer Entschuldung von etwa 27 Millionen Euro für das Jahr 2006 ausgegangen werden kann.

Wie oben bei der Umlagegestaltung schon erwähnt, ist für das Haushaltsjahr 2007 eine weitere Entschuldung von rund 36,6 Millionen Euro vorgesehen.

Meine Damen und Herren, anhand dieses Schaubildes können Sie erkennen, dass wir diese Aufgabenstellung sehr ernst nehmen müssen. Aber es lässt sich auch feststellen, dass wir eine Trendumkehr geschafft haben. Anhand der Prognose für 2006 und für 2007 wird erkennbar, dass wir damit unser nachhaltiges Haushaltswirtschaftskonzept ein Stück weit umsetzen können.

Zur Haushaltsbewirtschaftung mit dem Blick auf die Akzeptanz durch die Mitgliedskörperschaften sagen wir allerdings: Wir können nur dann außerordentlich tilgen, wenn wir zeitgleich die Umlage senken können. Zu tilgen, ohne die Umlage zu senken, halten wir faktisch für die Mitgliedskörperschaften für nicht erträglich. Wenn beide Seiten etwas für die Konsolidierung ihrer Haushalte tun können, ist das akzeptabel. Das konnten wir sowohl 2006, und, wenn wir es so machen, könnten wir auch in 2007 umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Schlussbemerkung. Sie werden sagen, es fehlen ja noch einige Teile wie zum Beispiel unser gesamter Beteiligungsbereich, die Kliniken, HPH usw. Sie habe ich aus Zeitgründen bewusst nicht aufgenommen.

(Beifall von Dr. Rolle, SPD)

– Herr Rolle klopft; das freut mich.

Aber das ist natürlich im ausgedruckten Text enthalten. Dort können Sie es jederzeit nachlesen.

Lassen Sie mich zum Schluss einige Worte des Dankes sagen; an erster Stelle Herrn Landesdirektor Molsberger für seine Unterstützung im Rahmen der Haushaltsaufstellung,

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

aber auch gerade in der Diskussion mit den Mitgliedskörperschaften, die weiß Gott nicht einfach sind.

Danken möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstandes für ihren Einsatz bei der Haushaltsaufstellung.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, ein ganz besonderer Dank geht dieses Jahr an Joachim Pütz. Sie wissen, er ist der Leiter der Kämmerei. Mit dem Haushalt 2007 hat er nicht nur den ersten NKF-Haushalt aufgestellt und damit ein geradezu historisches Werk geschaffen; es ist auch sein letzter Haushalt. Denn Joachim Pütz geht dieses Jahr in Pension.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Lieber Joachim, einst von Udo Molsberger an die Spitze der Kämmerei geholt, warst du für ihn, aber auch für mich ein unersetzbarer Mitarbeiter und bist zu einem Freund geworden. Dafür vielen Dank! Aber auch vielen Dank an dein Team, dass dich unterstützt hat. Du warst eine große Stütze. Mal sehen, wie es weitergehen wird. Ich hoffe, dein Geist wird weiter wirken.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, in 2006 hat der Landschaftsverband ein gewaltiges Arbeitspensum geschafft – getreu dem Motto „Verwaltung ist kein Zustand, sondern ein Prozess“.

Ja, Sie müssen sich vorstellen: Das geschieht alles neben der normalen Tätigkeit, die wir im Rahmen unserer Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erledigen haben.

Dazu nur einige Beispiele:

- Das Neue Kommunale Finanzmanagement steht. Wir haben jetzt den Haushalt vorliegen. Einen anderen gibt es nicht mehr.
- Wir haben die Trendwende „ambulant vor stationär“ eingeleitet. Der Rahmenvertrag ist unterzeichnet und beginnt zu leben.
- Die Personalkostendynamik ist gebrochen. Wir haben letztendlich unseren Personalhaushalt stabilisiert.
- Die Modernisierung der Kliniken ist angepackt. Die Gutachten sind vergeben. Die Zielplanungen an nahezu allen Standorten laufen auf vollen Touren.
- Die Beschaffungsoptimierung mit der Firma Kerkhoff ist in der Umsetzung.

- Ein nachhaltiges Baukonzept – dazu werden Sie in den Gremien in Kürze eine Vorlage bekommen – zieht mit der PPP-Effizienz, durch ein Wirtschaftsgutachten bescheinigt, gleich.
- Wir bauen ein Business Warehouse, eine der modernsten Datenbanken, die es zurzeit gibt, bei uns auf. Alle Entscheidungen, dies zu tun, sind gefallen. Wir brauchen das. Wir arbeiten mit viel Engagement an diesem Thema.
- Wir haben vierteljährliche Controllingberichte als Führungsinformationssystem neu eingeführt.
- Ein Zinsmanagement wird erfolgreich umgesetzt.
- Ein Immobilien-Controlling erreicht bundesweit Aufmerksamkeit und wird nachgefragt.

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Liste noch um einige Positionen ergänzen. Sie zeigt: Der Landschaftsverband ist auf dem Weg, ein „Best-practice-Modell“ einer öffentlichen Verwaltung zu werden. Das heißt, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Das ist eigentlich einen Applaus wert.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber es kommt noch ein kleiner Nachsatz; gönnen Sie mir den noch.

Und gemäß dem Motto – „Erfülle deine Träume, damit du Platz für neue hast“ –

(Allgemeine Heiterkeit)

haben die beiden Landschaftsverbände ein Angebot zur Übernahme der Versorgungsverwaltung erarbeitet, dessen Qualität bei allen an den Verhandlungen Beteiligten – sprich: Land und kommunalen Spitzenverbänden – Anerkennung ausgelöst hat. Das ist mir gerade noch vor zwei Tagen vom Städte- und Gemeindebund gesagt worden.

Zur Zeit stehen die Chancen auch gut, diese wichtige Aufgabe vom Land übertragen zu bekommen. Das wäre natürlich für uns quasi eine Vorabentscheidung auch über die weitere Entwicklung der Landschaftsverbände.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Das ist nicht zu glauben! Das können
Sie ruhig laut sagen)

– Ich sage es deswegen laut: Vielleicht hört es ja
jemand in Düsseldorf.

(Dr. Rolle, SPD: Vielleicht können wir
die Landesregierung mit übernehmen!)

Meine Damen und Herren, möglich ist dies alles
nur dank einer äußerst engagierten Mitarbeiter-
schaft aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die
trotz vielfacher Einschnitte – dieser Aspekt der
Personalkosten tut ja weh und führt auch zu Ar-
beitsverdichtungen – sind die rund 14.000 Kolle-
ginnen und Kollegen des Landschaftsverbandes
hochmotiviert, den Anspruch „Qualität für Men-
schen“ umzusetzen.

Ihnen allen gehört mein größter Dank. Einige sit-
zen ja hier links und rechts. Hätte ich jetzt einen
Hut, würde ich ihn vor Ihnen ziehen. Ich habe
aber jetzt leider keinen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für
Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute
und erfolgreiche Beratungen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Zunächst vielen
Dank, Herr Voigtsberger, für diesen engagierten
Vortrag und die Darstellung der notwendigen
Zahlen.

Ich darf verabredungs- und traditionsgemäß da-
von ausgehen, dass wir dieser Vorlage Nr.
12/2016 in der Weise zustimmen, dass wir sie in
die Ausschüsse zur Beratung verweisen. Ich un-
terstelle Ihre Einmütigkeit. Damit haben wir so
beschlossen.

Meine Damen und Herren, Punkt 5 sind

Fragen und Anfragen

Mir liegen keine Fragen oder Anfragen vor.

Ich darf Sie auf den gemeinsamen deutsch-slo-
wakischen Kalender hinweisen, der von behin-
derten Schülerinnen und Schülern gestaltet wor-
den ist und den wir für Sie draußen zur Mitnah-
me ausgelegt haben.

Die Unterlagen des Haushalts sind ebenfalls
draußen für Sie aufgebaut. Sie dürfen das Zehn-
Kilo-Paket – oder so ähnlich – gern mitnehmen.

(Heiterkeit)

Die Tagung ist hiermit geschlossen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

(Schluss: 11.06 Uhr)